

Was öffentliche Haushalte in Ost und West unterscheidet

**Gastbeitrag
von Dr. Mario
Hesse und
Dr. Oliver
Rottmann**



Die politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung Deutschlands jährt sich zum 30. Mal. Ein Grund zum Feiern besteht aus vielerlei Gründen. Dennoch bleiben Stimmen laut, die das Erreichte zumindest relativieren. So liegt die Wirtschaftskraft im Osten noch immer zehn bis fünfzehn Prozent unter dem Niveau der wirtschaftsschwächsten Westländer. Ferner sind einige Regionen mehrfach vom Strukturwandel betroffen. Nicht zu unterschätzen ist auch der demografische Wandel. Regionen, die so schnell schrumpfen und altern wie viele Teile Ostdeutschlands, gibt es im Westen (derzeit) nur wenige. Aber nicht nur in wirtschaftlicher und demografischer Hinsicht unterscheiden sich die ostdeutschen und westdeutschen Länder voneinander. Auch der Blick in die öffentlichen Haushalte zeigt nach 30 Jahren noch sehr unterschiedliche Strukturen.

Aus fiskalischer Perspektive ist zunächst das persistent niedrigere Niveau der Steuereinnahmen zu nennen. Ostdeutschland ist trotz zwischenzeitlicher Angleichung mehr von struktureller Arbeitslosigkeit betroffen. Da zudem gewisse hochproduktive und gut bezahlende Branchen eher schwach vertreten sind, führt dies insgesamt zu niedrigeren Einkommen als im Westen. Über die progressive Einkommensteuer überträgt sich dies überproportional auf das Steueraufkommen. Ein ähnlicher Effekt lässt sich zwar auch in der Nord-Süd-Verteilung innerhalb Deutschlands beobachten. Für Ostdeutschland kommt allerdings hinzu, dass auch die Unternehmensgewinne niedriger ausfallen, was an der geringen Zahl großer Unternehmen liegt. Das System der sogenannten Steuerzerlegung sorgt außerdem dafür, dass Steueraufkommen stark den Unternehmenszentralen zugerechnet werden, selbst wenn Produk-

tionsstätten im Osten liegen. Zwar bringen Ostdeutsche, die zum Arbeiten in westdeutsche Länder pendeln, zusätzliche Einkommensteuereinnahmen, dies kann aber die strukturelle Schiefe nicht ausgleichen. Diese Kombination aus geringeren Einkommen, fehlenden Unternehmenszentralen und einer weniger widerstandsfähigen Gewerbestruktur ist somit spezifisch ostdeutsch und wird durch die Regelungen, wie die Steuern erhoben und verteilt werden, noch verstärkt. Am aktuellen Rand erreichen die Steueraufkommen der Länder und Kommunen im Osten im Schnitt nur knapp 60 Prozent des westdeutschen Werts.

Erlahmter Aufholprozess

Seit Mitte der 1990er Jahre sind die neuen Länder in den Bundesstaatlichen Finanzausgleich eingebunden, der für eine massive Angleichung der Finanzkraft zwischen Ost und West sorgt. Die ostdeutschen Länder waren in den vergangenen drei Jahrzehnten in besonderem Maße von den Einnahmen aus dem Finanzausgleich abhängig und sind es bis heute. Rund 70 Prozent ihrer Einnahmen generieren sie aus diesen

Quellen. Der sogenannte Solidarpakt, der besondere Zuweisungen für Ostdeutschland vorsah, endete 2019. Das seit 2020 geltende Modell sieht nach wie vor eine starke Unterstützung wirtschaftsschwacher Regionen vor, zu denen alle ostdeutschen Länder zählen. Mit dem Ende des Solidarpakts herrscht nun aber eine gewisse „neue Normalität“ in der finanziellen Ost-West-Beziehung.

Bedeutend war und bleibt die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur Ostdeutschlands. Dabei investierten die ostdeutschen Gebietskörperschaften in den 1990er Jahren pro Kopf knapp doppelt so viel wie die westdeutschen. Auch heute investieren die ostdeutschen Länderhaushalte, unterstützt durch Fördermittel des Bundes und der EU, noch überdurchschnittlich viel, vor allem in Hochschulen und im Straßenbau. Auf kommunaler Ebene, die die Hauptlast der öffentlichen Investitionslast trägt, liegen die Investitionsausgaben dagegen bereits seit 2012 unter dem Niveau der westdeutschen Kommunen – am aktuellen Rand sind es pro Kopf rund 15 Prozent weniger. Der Aufholprozess ist an dieser Stelle bereits erlahmt. Viele Infrastrukturlücken konnten bereits geschlossen werden, neue Herausforde-

rungen entstehen jedoch durch die Digitalisierung, den demografischen Wandel oder die Energie- und Mobilitätswende. Hier macht besonders Sachsen vor, dass sich eine intensive Förderung der kommunalen Infrastruktur positiv auf die Standortqualitäten auswirkt.

Wenngleich fiskalisch auf absehbare Zeit die Abhängigkeit der neuen Länder von Transfersystemen hoch bleibt, kann es durchaus in einigen Regionen gelingen, wirtschaftlich an das westdeutsche Niveau aufzuschließen. Berlin, Dresden, Leipzig oder Jena/Erfurt sind hier bereits auf einem guten Weg und dabei, wirtschaftlich schwächere West-Metropolen zu überholen. An diese Kerne gilt es, für die zukünftige Entwicklung anzuknüpfen. Klar ist natürlich, dass auch in Westdeutschland enorme Unterschiede zwischen Nord und Süd, zwischen Stadt und Land oder etwa zwischen dem Ruhrgebiet und dem Raum München bestehen. Aus dieser Perspektive werden bestimmte Regionen in Ostdeutschland dauerhaft wirtschaftlich schwächer bleiben. Das heißt jedoch nicht, dass die Lebensqualität dort automatisch sinkt. Der Föderalismus in Deutschland orientiert sich an der Grundvorstellung der Gleichwertigkeit der Lebensver-

hältnisse. Danach ist es zentral, auch in schwächeren Regionen wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge zur Verfügung zu stellen. Wenn dies gesichert ist, kann man gut damit leben, dass gewisse wirtschaftliche Unterschiede dauerhaft bestehen bleiben. Zur Erfüllung der Daseinsvorsorge braucht es allerdings gut ausgestattete Länder und Kommunen.

Der Breitbandausbau ist eine der Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte in Ostdeutschland. Gleichzeitig ist er entscheidender Standortfaktor.

Symbofoto: dpa



Die Autoren

- ▶ Dr. Mario Hesse lehrt am Institut für öffentliche Finanzen und Public Management an der Universität in Leipzig.
- ▶ Dr. Oliver Rottmann arbeitet beim KOWID - Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig.
- ▶ Beide Autoren sind Geschäftsführer des KOMKIS - Kompetenzzentrum für Kommunale Infrastruktur Sachsen.

Exklusiv. Design. Hochwertig. | Qualität. Komfort. Funktionalität.

**POLSTERMÖBEL KAUFT MAN
BEI EINEM DER GRÖSSTEN
POLSTERMÖBEL-SPEZIALISTEN
IN SACHSEN!**

VePo 30 Jahre Polster

Mitten in Sachsen.
Qualität zum fairen Preis.

**MEHR
FÜR'S GELD**
IHR PLUS IM FACHHANDEL



04749 Ostrau | Sachsenstr. 5 | Gewerbegebiet | direkt an der B169 zwischen Riesa und Döbeln | BAB Döbeln-Nord | www.vepopolster.de